Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 3. Februar 1887. Nr. 55.

Preußische Klassen-Lotterie.

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 2. Februar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 175. königl. preußischer Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

1 Gewinn von 600,000 Mark auf Nr. 131077.

1 Gewinn von 30,000 Mark auf Nr. 73670.

4 Gewinne von 5000 Mark auf Nr. 9018 101964 110312 179721.

41 Gewinne von 3000 Mark auf Nr. 3676 8143 14084 17920 26819 28209 30845 31210 31635 31984 41127 41308 46381 49653 58229 62128 62641 70441 72888 77388 78572 83143 87778 89892 94590 95577 98636 110070 123182 127065 138013 144066 146284 147449 160572 165700 168165 73724 175201 176263 179808.

33 Gewinne von 1500 Mark auf Nr. 3117 6393 15985 23548 27391 27870 36435 44463 46639 47797 51328 62964 63320 67360 68782 70258 83723 89424 91412 101772 115604 117272 117990 129260 136993 138828 143768 144316 152001 154059 155829 158781 162880.

27 Gewinne von 500 Mark auf Nr. 4671 15344 15556 21116 25376 32923 48248 61592 62352 65123 65492 66152 77825 91436 92911 93171 94119 98111 100062 125824 142731 158711 163144 179144 179207 182605 185212.

Deutschland.

Berlin, 2. Februar. Einen Appell an den soldatischen Geist haben patriotische Männer erlassen, indem sie die Deutschen, welche ehemals unter den Fahnen gestanden, und insbesondere auch Diejenigen, welche sich demnächst zu Kriegervereinen zusammengethan, an ihre Pflicht den Septennatsverweigern gegenüber mahnten. Es bezeichnet den Mangel an Einsicht in Verhältnisse, die zum nicht geringen Theil das Vertrauen auf die Widerstandskraft unseres Vaterlandes gegenüber äußeren Angriffen begründen, wenn ein derartiger Appell — es ist dies jetzt wieder mit dem vom Generallieutenant v. d. Tann an seine alten Kriegskameraden gerichteten der Fall — bei den Preßorganen der in Rede stehenden Opposition befremdet, oder wenn gar seine Berechtigung angefochten wird. Es stände recht schlimm mit uns, wenn es nicht als ganz selbstverständlich vorausgesetzt werden könnte, daß Diejenigen, welche des Königs Rock getragen, auch im Zivilleben sich in besonderem Grade geistig verknüpft fühlen mit Denjenigen, welche jetzt noch in Reih und Glied stehen, wenn nicht angenommen werden könnte, daß die ehemaligen Soldaten in der Mehrzahl ebenso ein besonderes Interesse, wie ein besonderes Verständniß für das Geschick der Armee sich erhalten haben und es als eine Kränkung empfinden, die ihnen selbst angethan wird, wenn man es ablehnt, für die Armee diejenige Fürsorge zu treffen, welche ihre Erhaltung und ihre angemessene Kräftigung nothwendig machen. Müssen wir doch versichert sein, daß, wenn der Kaiser ruft, die ehemaligen Soldaten, von demselben Geiste erfüllt, wie damals, als sie zuerst unter den Waffen standen, sich zur Vertheidigungsmauer zusammenschließen. Nun ist es der Kaiser, ihr oberster Kriegsherr, der klar und unzweideutig kundgethan, was er für erforderlich hält, um den lebendigen Wall, den die Armee für den Schutz des Vaterlandes darstellt, festgefügt und lückenlos zu erhalten und es sollte nicht erwartet werden können, daß sie dies als eine zu ihrem innersten Herzen gehende Mahnung empfänden, gewissermaßen auch am Wahltage in Reih und Glied zu treten und das Vertrauen und die Liebe zu rechtfertigen, welche der greise Held, der die deutsche Kaiserkrone trägt, bei jeder Gelegenheit zu seinen ehemaligen Soldaten an den Tag zu legen nicht müde wird? Sicherlich, die Armee soll über den Parteien stehen und steht über den Parteien, aber ein Appell, sich gegen die Septennatsverweigerer zu vereinen, bedeutet ja eben die mannhafte Vertheidigung gegen eine Koalition, welche die Fürsorge für die Armee zum politischen Streitobjekt, zum steten Zankapfel unter den Parteien herabgewürdigt wissen will. Gewiß, die ehemalige Angehörigkeit zur Armee und das Gefühl der Treue zu Kaiser und Reich bestimmt nicht in allen Fragen die politische Richtung in maßgebender Weise. Aber bedeutet es denn, sich zu einem bestimmten politischen Prinzip zu bekennen, wenn man Stellung nimmt in dem Streit, der um die Gültigkeitsdauer der Bewilligung für die Armee künstlich entfacht worden ist? Wäre ein politisches Recht beeinträchtigt worden, wenn der Reichstag sich für das Septennat entschieden hätte? Hätte ein solches Votum einen Verstoß gegen irgend ein in Betracht kommendes Parteiprogramm dargestellt? Die Sozialdemokraten ebensowohl als die Volksparteiler, welche, die einen gegen jedes Heer, die anderen gegen jede stehende Armee sind, kommen ja, wenn es sich um den Beschluß über solche Bewilligungen handelt, streng genommen überhaupt nicht in Betracht, obwohl die Volksparteiler mit der Majorität für das Triennat gestimmt, eben weil deren Votum den ausgesprochenen Zweck der Vereitelung des Zustandekommens irgend einer brauchbaren Entscheidung verfolgte. Die wenigen Vertreter des kleinen Häufleins der Volkspartei haben aber bei den verschiedensten Gelegenheiten einsehen gelernt, wie klug sie daran thun, ehemaligen Soldaten gegenüber, auch wenn diese sonst ihnen politisch nahe stehen sollten, von dem militärpolitischen Ideal der Partei recht still und ruhig zu sein, und die Sozialdemokraten — sind sie es nicht, gegen deren Angriff auf die Güter, die uns Allen heilig sind, die Armee uns vertheidigen soll, wenn die rothen Bataillone es einmal wagen sollten, vom Sturmruf zur That überzugehen? Wer aber insbesondere die Zwecke, denen sich die Krieger-Vereine gewidmet, in's Auge faßt, der kann nicht zweifelhaft darüber sein, daß ihre Mitglieder nur auf der Seite stehen können, auf welcher man die Sicherheit des Vaterlandes über die Spekulationen der Parteipolitik stellt. Man sehe sich darauf hin nur die Statuten irgend einer solchen Vereinigung an. So lesen wir in den uns vorliegenden Statuten einer der größten dieser Vereinigungen, daß als Aufgabe des Bundes schon im ersten Paragraphen hervorgehoben wird: militärische Kameradschaft auch im bürgerlichen Leben zu üben und in patriotischer Gesinnung und gegenseitiger Hülfeleistung zu bethätigen und so finden wir, daß es nicht versäumt worden ist, hervorzuheben, daß die Zwecke des Bundes im Einzelnen dahingehen, das National-Bewußtsein zu fördern, die guten Gesinnungen für Kaiser und Reich, für König und Vaterland in Treue und Liebe wach zu erhalten und zu befestigen.

Wer sich zu solchen Zielen bekennt, der kann doch wahrlich nicht Leute als Vertreter seiner Gesinnungen erachten, welche durch ihr Verhalten eine offenbare Geringschätzung der von dem „Verwalter der Machtmittel des Reiches" — als solcher erscheint der Kaiser in der Verfassung — und von dem obersten Kriegsherrn dringend geäußerten Hoffnungen und Erwartungen an den Tag legten, zumal in einer Situation, deren Schwierigkeit mindestens nirgendswo geleugnet und verkannt werden konnte.

Wer da behauptet, daß durch einen Appell in dieser Sache an die ehemaligen Soldaten und an die Kriegervereine Uneinigkeit hineingetragen werden könnte in deren Kreise, der nimmt an, daß in diesen Kreisen eine Einigkeit über die Nothwendigkeit der Pflichterfüllung gegenüber dem Vaterlande im Geiste soldatischer Treupflicht nicht bestehe.

Könnte man dann aber noch so hellen Auges in die Zukunft blicken, wie wir es Gott sei Dank vermögen?

— Auch das „Journal de St. Petersbourg" spricht heute von den herrschenden Kriegsbesorgnissen und bemerkt, dieselben seien durch Zeitungsartikel hervorgerufen. Ohne Zweifel würden Rüstungen vorgenommen; dieselben seien aber durch die Vorsicht geboten. Allerdings könne dadurch Mißtrauen entstehen, aus welchem wiederum ein Konflikt hervorgehen könne. Aber die Einsicht der Regierungen bestehe eben darin, der Lage Rechnung zu tragen und es sei zu wiederholten Malen zu Tage getreten, daß keine Regierung einen Krieg wünsche.

Giebt dieses telegraphische Excerpt den Inhalt des offiziösen russischen Artikels zutreffend wieder, so kann man sich über die Unrichtigkeit der in demselben vorgetragenen Beurtheilung der Lage nur wundern. Dieselbe ist nur insofern auf Zeitungsartikel zurückzuführen, als die russische Regierung vielleicht allzugroße Rücksicht auf die zum Kriege hetzenden panslawistischen Wortführer in ihrer Haltung bezüglich der bulgarischen Krisis nehmen zu müssen glaubte. Im Uebrigen war es alsdann die Orientpolitik der russischen Regierung, welche auf die französischen Revancheideen eine aufregende Wirkung übte und so die Befürchtung resp. die Hoffnung eines russisch-französischen Bündnisses entstehen ließ. Aus dieser Disposition heraus hat sich alsdann die Gestaltung der Dinge in Frankreich entwickelt, welche zu der deutschen Armeevorlage geführt hat. Auf Grund von Zeitungsartikeln ist diese gewiß nicht eingebracht worden. Man könnte fast glauben, das russische Organ wolle der österreichisch-ungarischen Regierung in den Delegationen Schwierigkeiten bereiten.

Eine von der Auffassung des „J. d. St. Pet." wesentlich verschiedene geht aus einer Aeußerung des österreichischen Kaisers hervor, die wir, indem wir die Verantwortlichkeit dafür dem berichtenden Blatte überlassen, mittheilen.

Wien, 2. Februar. Die „Deutsche Zeitung" erfährt von zuverlässiger Seite, Kaiser Franz Josef habe dem Gesandten einer Großmacht gegenüber geäußert, daß er zuverlässig auf die Erhaltung des Friedens hoffe, daß aber die Ehre Oesterreichs es erfordere, daß die Monarchie zum Schwert greife, falls Rußland Bulgarien besetze.

— Die jüngsten Vorgänge in Massowah haben für die italienischen Expeditionstruppen einen wenig glimpflichen Verlauf genommen, woraus sich auch die Eile erklärt, mit welcher die Verstärkungen nach den gefährdeten Positionen abgehen. Eine Vergleichung mit der kostspieligen französischen Tonkin-Expedition wird sich den besonneneren Staatsmännern in Italien um so mehr aufdrängen, als in der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer nach der Verlesung der Depesche des Generals Gené ein Gesetzentwurf eingebracht wurde, durch welchen ein neuer außerordentlicher Kredit in Höhe von fünf Millionen Franks verlangt wird. Die Lage der italienischen Truppen in Massowah erscheint nach den jüngsten offiziellen Meldungen sehr bedenklich. Daß eine aus drei italienischen Kompagnien nebst irregulären Truppen bestehende Kolonne von den Aufständischen gesprengt wurde, läßt auf die große Ueberlegenheit der Gegner schließen, wie denn auch General Gené die zunächst gefährdeten Posten von Saaiti und Wua Arafali räumen lassen mußte, angeblich wegen der übergroßen Ausdehnung der italienischen Vertheidigungslinie. Sollten die abessinischen Verstärkungen in nächster Zeit bei den Aufständischen eintreffen, so steht zu befürchten, daß die Italiener eine neue Schlappe erleiden, die sich für die italienische Kolonialpolitik verhängnißvoll erweisen könnte.

— Dem Herrenhause ist die Ankündigung zugegangen, daß der kirchenpolitische Gesetzentwurf den Mitgliedern noch vor dem 14. Februar zugehen werde, so daß derselbe möglichenfalls noch am 14. Februar auf die Tagesordnung (zur Besprechung der geschäftlichen Behandlung) gesetzt werden wird.

— Demnächst wird dem Abgeordnetenhause ein Gesetzentwurf über die Neutheilung der Kreise in der Provinz Posen zugehen. Der Entwurf bezweckt die Theilung der 13, größtentheils in zweisprachigen Landestheilen gelegenen Kreise, um den Landräthen die erforderliche intensive Verwaltung der Staatsangelegenheiten auch da zu sichern, wo die Bevölkerungszahl, der Flächenraum oder die sprachlichen Verhältnisse bisher Schwierigkeiten boten. Die Kosten der Kreistheilung betragen etwa 300,000 Mark jährlich, insbesondere wird auch die Wahrung der deutschnationalen Interessen gegen die Polonisirungs-Bestrebungen durch die Maßregel wesentlich gefördert.

— Da nach einer Kabinetsordre vom 12. Februar 1885 Offizier-Aspiranten bei den Train-Bataillonen nicht mehr eingestellt werden dürfen, sind die Train-Bataillone jetzt, nachdem alle ihre Avantageure zu Offizieren befördert sind, bezüglich des Ersatzes ihres Offizierkorps auf die anderen Truppengattungen, sowie auf die Reserve und Landwehr angewiesen. Eine Ergänzung der Trainoffiziere aus den Offizieren des Beurlaubtenstandes, die in früheren Jahren (die Einstellung von Avantageuren war erst seit 1874 gestattet) fast die Regel bildete, scheint jetzt nur noch in Ausnahmefällen vorzukommen, dagegen finden ab und zu Versetzungen aus der Infanterie, Kavallerie und Artillerie in den Train in größerer Anzahl statt. Das neueste „Militär-Wochenblatt" veröffentlicht wieder die Versetzung von 4 Infanterie- und 2 Kavallerielieutenants zum Train. Die Trainbataillone haben hierdurch mit Ausnahme des Garde- und des 3. Bataillons, bei welchen je 1 Stelle vakant ist, die etatsmäßige Zahl von 5 bezw. 7 Sekondelieutenants erreicht.

— Die Neu-Guinea-Kompagnie veröffentlicht in einem soeben ausgegebenen Hefte neuere ihr zugegangene Nachrichten über Kaiser-Wilhelms-Land. Das Bemerkenswertheste an denselben ist die Schilderung einer Untersuchungsfahrt im Huon-Golf, welche zur geographischen Erforschung der südöstlichen Theile des Schutzgebietes in den Tagen vom 7. bis 13. Oktober v. Js. unter Leitung des Landeshauptmanns Freiherrn von Schleinitz unternommen worden war. Auf dieser Expedition, bei welcher es sich hauptsächlich darum handelte, Küstengebiete zu finden, die ein Eindringen in das Innere des Landes aussichtsvoller erscheinen lassen, als dies in der Region der Kalkformation der Fall und zu diesem Zwecke sowohl die Konfiguration des Litorales, als die Boden-Gestaltung und das Wassernetz näher kennen zu lernen, ist es gelungen, acht Häfen und neun Flüsse ausfindig zu machen.

Der größere Theil der Südküste des Huon-Golfes, auf welchen sich die Exploration vornehmlich bezog, ist von Bergketten umzogen, die im nördlichen Theil der Küste 300—700 Meter hoch sind. In die den Fuß dieser Bergzüge umsäumenden Buchten münden vielfach kleine, aus den Bergen herabfließende Gewässer, welche bisweilen tief eingeschnittene Thalschluchten und dann wiederum breitere Thalebenen von großer landschaftlicher Schönheit bilden.

Ueber die geologische Bodenformation sowohl als über die Vegetation und die organische Schöpfung auf der rekognoszirten Strecke werden noch nähere Ermittelungen anzustellen sein, um ein anschauliches Bild von diesem Theile des Landes zu gewinnen, und sind die bisher gesammelten Ergebnisse nur als ein vorläufiges Resultat des jüngsten Forschungszuges anzusehen. Dasselbe ist mit den kartographischen Aufnahmen der Fall, die von der Küste und den ihr vorliegenden Inseln, Riffen u. s. w. angefertigt worden sind.

Erst auf Grund fortgesetzter Beobachtungen und Kontrollmessungen wird es möglich sein, die Grenzlinie zwischen Land und Meer schärfer festzustellen und ein annähernd geographisch korrektes Bild von den unbekannten Theilen des Huon-Golfes herzustellen. Von großem Nutzwerthe scheint der Holzreichthum des Waldes zu sein, der das Küstengelände bedeckt, weil die Harthölzer in denselben vorherrschend sind, auch scheint es, als ob der Transport der Stämme zur Meeresküste mit keinen Schwierigkeiten verbunden sein wird.

— Einen Beitrag zur nationalen Gesinnung der Deutschfreisinnigen enthält das in nahen Beziehungen zu Herrn Rickert stehende „Reichsblatt": „Freunde im Osten! Deutschfreisinnige in Posen und Westpreußen! Gebt euch diesmal nicht dazu her, unsere politischen Todfeinde zu wählen." Diese Todfeinde sind deutsche Kandidaten von nationalliberaler oder konservativer Richtung, die Freunde, denen die deutschfreisinnigen Stimmen direkt oder indirekt zugeführt werden sollen, sind die Polen. Für Flensburg gab die „Freisinnige Zeitung" die Parole aus: für Gottburgsen darf nicht gestimmt werden, und die „Kieler Zeitung" sekundirte ihr dabei. Gottburgsen ist der gesammtdeutsche Kandidat und gehört der nationalliberalen Partei an, der Gegner ist ein Däne. Zur Ehre der deutschfreisinnigen Wähler muß bemerkt werden, daß sie in vielen

Fällen den patriotischen Anweisungen ihrer Führer und Blätter den Gehorsam verweigern.

Ein wahrhaft bejammernswerthes Bild stellen in dieser Wahlbewegung die Deutschfreisinnigen dar. Die „Nat.-Lib. Korr." zeichnet sie folgendermaßen: Die deutschfreisinnige Partei gleicht einem alten gebrechlichen todtkranken Mann, der mit wankendem Gebein von zwei robusten Gesellen, an jedem Arm einer, noch einmal über die Bühne geschleppt wird, um dann für immer zusammenzuknicken. Die beiden Stützen, welche die Gestalt, die allein nicht mehr zu stehen und zu gehen vermag, noch mühsam aufrechterhalten, sind die Ultramontanen und Sozialdemokraten. Wenn man die Wahlnachrichten fortschrittlicher Blätter durchmustert, überall wird, ohne jede Scham und Scheu, die Hoffnung auf Sieg nur noch damit begründet, daß die beiden genannten Parteien, wo möglich schon im ersten Wahlgang, für den fortschrittlichen Kandidaten stimmen. Und die Presse des Zentrums giebt die allgemein gültige Parole aus, nur „Septennats- und Mischmasch-Gegner" zu wählen, d. h. in allen Fällen, wo die Ultramontanen mit eigenen Kandidaten nicht durchzudringen vermögen, gegen Konservative und für Deutschfreisinnige zu stimmen. An übermüthiger und geringschätziger Behandlung ihrer „freisinnigen" Hörigen läßt es dabei die klerikale Presse nicht fehlen. Das ist der deutsche Liberalismus, wie ihn der Abgeordnete Richter ausgebildet hat.

— Zur Warnung vor der Auswanderung nach der argentinischen Republik wird der „Politischen Korrespondenz" geschrieben:

Schon zu wiederholten Malen haben sich die österreichischen Behörden veranlaßt gesehen, vor der Auswanderung nach der argentinischen Republik in ernster Weise zu warnen. Die in der letzten Zeit aus Buenos Aires eingelangten amtlichen Berichte bestätigen die Richtigkeit jener Warnungen, um so mehr, als dort im Laufe des Monats Dezember v. J. die Cholera aufgetreten ist, wodurch das Schicksal der Einwanderer sich äußerst traurig gestaltet hat. So wurden die aus den italienischen Häfen kommenden Auswanderer und durch einige Zeit sogar alle Passagiere 3. Klasse nach der ungefähr 5 Stunden von Buenos Aires entfernten Insel Martin Garcia gebracht, wo sie zur Abbüßung der Quarantäne 14 bis 20 Tage zuzubringen hatten. Bevor die Auswanderer nach den Kolonien von Santa Fe gelangen konnten, hatten sie an der Grenze dieser Provinz noch eine achttägige Quarantäne durchzumachen. Auf diese Weise konnte es geschehen, daß auf der Insel Martin Garcia, von nur einer halben Meile Ausdehnung und auf welcher überdies eine Militärbesatzung von 500 Mann sich befindet, in einem gegebenen Momente ein solcher Massenandrang stattfand, daß die Auswanderer sowohl bezüglich der Unterkunft als auch bezüglich der Ernährung der größten Noth preisgegeben waren. In der ersten Hälfte des Monats Dezember v. J. sind dort begreiflicherweise Cholerafälle vorgekommen, was dann zur Folge hatte, daß neu ankommende Auswanderer anderswo untergebracht wurden. Die argentinische Presse, und insbesondere die in Buenos Aires erscheinenden italienischen Blätter, schildern die Vorfälle auf Martin Garcia in einer wahrhaft erschreckenden Weise. Eines dieser Blätter, „Patria Italiana", schreibt: „Die Auswanderer werden in Martin Garcia gleich Hunden behandelt, sie leiden Hunger, werden geschlagen, ja gemordet." Obwohl diese Schilderungen von Uebertreibungen nicht frei sind, so ist es doch gewiß, daß die in der argentinischen Republik zur Aufnahme von Auswanderern bestehenden Institute, als Lazareth- und Auswandererhäuser gänzlich unzureichend sind. Unter diesen Umständen muß von der Auswanderung nach der argentinischen Republik ganz entschieden abgerathen werden.

— Es erhält sich die Annahme, wonach der Einspruch gegen die Wahl des Stettiner Pfarrers Scipio zum Geistlichen an der Berliner Dankeskirche unberücksichtigt bleiben werde. Die Protestler hatten, wie gewöhnlich, einzelne Stellen seiner pastoralen Kundgebungen zu der Behauptung verwerthet, die Lehre Scipios stehe nicht auf dem Boden des Apostolikums wie der übrigen Bekenntnisse, es sei deshalb seine Berufung in das ihm angetragene Amt zu unterlassen. Der Einspruch sah wohl ganz davon ab, daß ein Geistlicher noch ganz und gar die Lehren des Evangeliums richtig deutet, auch wenn seine Sprechweise die ausgefahrenen Gleise der pastoralen Oratorik meidet und die christliche Wahrheit in Formen zur Darstellung bringt, die sich dem modernen Denken und Empfinden anschmiegen. Auch ist ein Geistlicher darum noch immer in seinem vollen Recht, wenn er die grobsinnliche Anschauung verwirft und das ethische Element durch das dogmatische nicht verkümmern läßt. Wer, wie die heutige Rechtgläubigkeit, mit einzelnen Dogmen selber in Fehde liegt, sollte doppelt vorsichtig sein, mit dogmatischen Einreden eine Pfarrwahl zu bekämpfen. Herr Scipio hat, was das Wichtigste bleibt und auch wohl für das Konsistorium ausschlaggebend sein wird, in seinem Stettiner Amt nicht blos erfolgreich gewirkt, sondern er ist als Kanzelredner ersten Ranges zu Namen und Ansehen gekommen, einfach weil er sich die Religionsphilosophie wie die christliche Poesie dienstbar gemacht hat. Berlin würde mit ihm eine nahezu hervorragende homiletische Kraft gewinnen, und an Geistlichen dieses Schlages haben wir nicht grade Ueberfluß. Die Nichtbestätigung Scipio's für Berlin wäre einerseits ein dem Stettiner Konsistorium ausgestelltes Mißtrauensvotum, wie es auf der anderen Seite den jungen Theologen ein Fingerzeig sein müßte, nur niemals aus der Mittelmäßigkeitsleistung der landläufigen Bekenntniß-Theologie herauszutreten und Höherem zuzustreben. Schlimm genug, daß uns Männer wie Schramm und Werner verloren gingen; weitere Verluste würden das kirchliche Leben Berlins gradezu empfindlich schädigen, wo doch seit Jahr und Tag geklagt wird, der geistliche Nothstand trete nirgends so kraß hervor, wie gerade in Berlin. Es ist zweifellos auch das grade ein geistlicher Nothstand, daß die Geistlichen allesammt nach einer ganz bestimmten Schablone lehren und wirken sollen. Die homiletische Kunst in ihrer schönsten Ausgestaltung, wie wir sie in der Schleiermacher-Zeit gehabt haben, duldet nicht Schablonen, sondern sie verlangt freie Entfaltung in möglichster Mannigfaltigkeit.

— Vertrauensmänner von der nationalliberalen und freisinnigen Partei haben am 1. Februar, der „Magdeb. Ztg." zufolge, in Neustadt-Magdeburg folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute Abend versammelten Vertrauensmänner des 41. und 42. Wahlbezirks, welche der nationalliberalen, sowie der deutschfreisinnigen Partei angehören, verurtheilen aufs Schärfste jede Zersplitterung der Stimmen am 21. Februar c. und erklären sich bereit, nur für die Wahl desjenigen Kandidaten einzutreten, der angesichts der drohenden auswärtigen Lage bereit ist, die Militärvorlage auf sieben Jahre zu bewilligen.

Es wurde darauf mit der Eintheilung der Wahlbezirke vorgegangen und sämmtliche anwesende Vertrauensmänner erklärten sich zur Uebernahme der ihnen obliegenden Pflichten bereit.

— Ueber die Kreditvorlagen, welche den außerordentlich zusammenzuberufenden Delegationen Oesterreich-Ungarns zugehen sollen, und welche bekanntlich dieser Tage in gemeinsamem Ministerrathe zu Wien festgestellt worden sind, wird der offiziösen „Presse" geschrieben:

„Es handelt sich um Maßregeln zweierlei Art. In erster Reihe um die Bedeckung der Kosten, welche durch die seitens der Kriegsverwaltung für nothwendig erachteten und schon in den gemeinsamen Minister-Konferenzen in den ersten Tagen des Januar beschlossenen Anschaffungen von Monturs- und Verpflegsartikeln für die gemeinsame Armee hervorgerufen werden. Die bezügliche Ziffer ist noch nicht festgestellt. Diese Kredite können selbstverständlich nur und ausschließlich von den Delegationen als Nachtragskredite zum Kriegsbudget pro 1887 bewilligt werden, und es mußte deshalb die Einberufung der Delegationen zu einer Nachsession in Aussicht genommen werden. In zweiter Reihe handelte es sich aber auch um solche Kosten, welche durch die Aktivirung des Landsturms bedingt sind; diese Kredite sind naturgemäß von den Parlamenten zu Wien und Budapest zu bewilligen, und es dürften demgemäß auch diesen Vertretungskörpern Vorlagen in dieser Richtung zugehen. All' diese Maßregeln haben nur den Charakter der Vorsorge und verfolgen blos den Zweck, im Punkte der Schlagfertigkeit der Armee Oesterreich-Ungarn den anderen Kontinentalstaaten gleichzustellen, die in dieser Hinsicht auf ihrem Gebiete all die Maßnahmen, die bei uns noch den Gegenstand sorglicher Erwägung bilden, längst getroffen haben."

Der „N. Fr. Pr." wird aus Pest noch eine dritte Kategorie von Armeebedürfnissen genannt, welche ausschließlich vor das Forum des österreichischen Reichsraths gehören würde. Es soll sich dabei um einen speziell die österreichische Landwehr angehenden Kredit handeln. Vielleicht würde derselbe erst nach der bevorstehenden Session der Delegation vom Grafen Welsersheimb im Reichsrathe eingebracht werden, er soll zur Ausrüstung der österreichischen Landwehr verwendet werden, welche für den Ernstfall nicht hinreichend vorgesehen ist.

Ausland.

Paris, 31. Januar. Die „Korr. Havas" bemüht sich, sichtbar gezwungen, der plötzlichen Versammlung der Minister in den Bureaux der Deputirtenkammer das Mäntelchen einer sehr unwahrscheinlichen Ausrede umzuhängen: den Ministern wäre „zu Ohren gekommen, daß die Rechte die Abschaffung des Handelsministeriums hätte beantragen wollen und schließlich auf die des Postministeriums verfallen sei." Jedenfalls hat die Vermuthung, diese plötzliche Versammlung der Minister sei durch auswärtige Angelegenheiten veranlaßt worden, durch die offiziöse Darstellung nicht an Wahrscheinlichkeit verloren. Die gallische Doppelzüngigkeit ist in gespannten Zeitläuften immer am Platze, und daß man, in Paris wenigstens, etwas zu vertuschen hat, ist weltbekannt; an der Ostgrenze hört das Vertuschen auf: Thatsachen reden von Boulangers Thatendrange. Der Ruf: „Fremde zum Lande hinaus!" ertönt wie der Hahnenschrei des erwachenden Morgens. „Havas" meldet heute nach zuverlässigem Berichte, die Zählung vom Mai habe ergeben, daß Frankreich 38,218,903 Einwohner habe, wobei 1,115,214 Menschen fremder Nationalität seien; diesen werde also heimgeleuchtet werden, sobald der französische Esau das Linsengericht verspeist hat, das in der Hexenküche des Konsortiums Boulanger, Deroulede, Rochefort und Kompagnie gekocht wird. Dann hat die arme Seele des „unbeschäftigten Arbeiters" und des unschuldigen Chauvinisten Ruhe. Wären nun auch die elsaß-lothringischen Emigranten unter den Ausgewiesenen; das würde dem Frieden des französischen Volkes am dienlichsten sein; aber diese Wühler von Handwerk, die Nachlebsel der Emigranten der ersten Revolution, sind ja die besten Freunde Deroulèdes und die Mameluken Boulangers, der in ihnen seine eifrigsten Ruhmesapostel besitzt. Einstweilen bemühen sich die klerikalen Chauvinisten der „Defense" und der Pariser Korrespondent des „Journal de Bruxelles", in Gemeinschaft mit der „Patrie", die Ausweisung zweier besonders gefährlicher „Redakteure von zwei großen Pariser Blättern, die im Dienste Bismarcks stehen", durchzusetzen, Leute, welche „die Beziehungen zur Presse oder vielmehr zu den käuflichen Federn und Gewissen mit Hülfe des Reptilienfonds, der Bismarcks Kasse füllt, pflegen sollen". Wo in Frankreich eine Stimme gegen das Rachegeschrei sich erhebt, da ist sie „das Instrument eines Deutschen, der in Frankreichs Geschäften und Presse nur zu erfahren ist". Das Gefährliche ist, daß die Verhetzung der Pariser durch solche Treibereien mit jedem Tage allgemeiner wird und mit ihr der Zauber Boulangers auf die Massen, denen dieser Erretter und Befreier von allem politischen und gewerblichen Wettbewerb empfohlen wird, wie 1848 der Prinz Louis. Wenn Goblet und Flourens nicht sehen, wie alles darauf abzielt, ihnen die Hände zu binden und sie zu Geschöpfen Boulangers herabzudrücken, so müssen sie stockblind sein. Die Berathung der beiden vorweggenommenen Abtheilungen 1 und 2 aus dem Boulanger'schen Entwurfe zur Neugestaltung der Armee ist sofort nach Schluß der Budgetberathung auf die Tagesordnung der Deputirtenkammer gesetzt; längst erheben sich starke Bedenken gegen die sofortige Annahme und Ausführung dieser Bestimmungen; in den letzten Tagen haben sich diese Bedenken schüchtern von neuem geltend gemacht, aber wird die Kammer den Muth haben, Boulanger etwas zu versagen, zumal er schon im Ministerrathe gedroht hat, wenn man ihn zwinge, werde er auf der Rednerbühne erklären, daß die gegen ihn im Ministerrathe erhobenen Schwierigkeiten „politischer Natur" seien? Daß Clemenceau ihm zur Seite steht, fällt nur ins Gewicht, so lange die Schwarzen und die Weißen der Rechten, die Monarchisten, mit Clemenceau und den Rothen stimmen: diese, um die Republik in Abenteuer zu stürzen und darin umkommen zu lassen, die radikale Linke, um die Jahrhundertfeier der Revolution mit einem neuen Konvent zu feiern. Daß Bourgeoisie und Bauerschaft schließlich so oder so die Zeche bezahlen müssen, kümmert weder jene noch diese; die Folge dieses Zusammengehens ist, daß Boulangers Pläne immer mehr ins Kraut schießen.

London, 31. Januar. Die Rede, welche der Führer der Radikalen, Chamberlain, am Sonnabend im Stadthause von Birmingham über die irische Frage hielt, bewegte sich wesentlich in folgendem Gedankengang: Redner begann mit einer Aufzählung der Verdienste, welche sich die liberale Partei um die Freiheit der Irländer erworben hat. Allein trotz der revolutionären Landakte und der Ausdehnung des Stimmrechts seien die Irländer nicht zufrieden. Jetzt solle sich das gesammte britische Parlament dem Willen der 85 Nationalisten fügen. Die Ansprüche Irlands erkenne er, der Redner, an, allein auch Schottland und England hätten Ansprüche an das Parlament zu erheben. Die Reform der Landgesetze, die Hebung der Erziehung der Massen, eine gerechte Steuerverwaltung seien Probleme, welche dringender als je geordnet werden sollten. Die Irländer, welche doch eine bedeutende Minorität bildeten, dürften nie und nimmer der Majorität diktiren. Falls die konservative Partei jetzt wirklich die Lösung der irischen Frage versuchte, so sollten die Liberalen, wie sie dies früher auch bei der Ausdehnung des Stimmrechts gethan hätten, nicht lediglich aus Opposition opponiren. Die Gladstoniten hörten sich nicht gern Separatisten nennen. Entweder aber müßten sie den Irländern alles gewähren, was dieselben wünschen, und in diesem Falle würde die Forderung nach Trennung nicht lange auf sich warten lassen, oder sie müßten die Politik, sich den Nationalisten in Allem zu fügen und jede selbstständige Ansicht zu unterdrücken, baldigst aufgeben. Zum Schlusse wiederholte Chamberlain seine bekannten Ansichten über die irische Agrarfrage und das Irland zu verleihende Maß von Selbstverwaltung, indem er dennoch die Hoffnung ausdrückte, daß sich die gesammte liberale Partei einigen werde, da keine prinzipiellen Gegensätze herrschten. Die irische Frage könne jedoch nur durch Mitwirkung aller politischen Parteien gedeihlich und endgültig ihre Lösung finden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 3. Februar. Uebergiebt bei einem Konkurs-Verfahren ein absonderungsberechtigter Faustpfandgläubiger aus eigenem Antriebe (ohne vom Konkurs-Verwalter eine bezügliche Aufforderung erhalten zu haben) sein Pfand dem Konkurs-Verwalter zum Zwecke der Veräußerung desselben, ohne dabei oder vorher einen Vorbehalt zur Erhaltung seines Absonderungsrechts zu machen, so hat nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 5. Zivilsenats, vom 13. November v. Js., dadurch dieser Gläubiger der Konkursmasse und auch dem Kridar gegenüber im Geltungsbereiche des preußischen allgemeinen Landrechtes sein Pfandrecht verloren.

— Einen hochinteressanten Theater-Abend stellt uns Herr Regisseur Hermann Wischhusen mit seinem morgen, Freitag, stattfindenden Benefiz in Aussicht. Das Wildenbruch'sche neue Drama „Das neue Gebot" fand in dem erst in jüngster Zeit emporgekommenen Ostend-Theater in Berlin nahezu 100 Aufführungen in einer Reihenfolge und war die Aufnahme des bedeutungsvollen Werkes eine geradezu enthusiastische und überall, wo das Stück zur Aufführung kam, hatte es einen großartigen Erfolg. Die Vorzüge Wildenbruch's, die leidenschaftliche Bewegung der Handlung und die dichterische Sprache, finden sich in dem Drama in hervorragendster Weise und sind wir Herrn Wischhusen jedenfalls zu Dank verpflichtet, daß er uns an seinem Ehrenabend mit einer so hoch bedeutenden dramatischen Neuigkeit bekannt macht.

— Gestern Vormittag ist das große Loos, das erste nach dem erweiterten Ziehungsplane, gezogen worden und auf die Nummer 131,077 gefallen. Wie der „B. B.-C." vernimmt, gehört dasselbe in die Kollekte des Herrn Waldern in Berlin, Potsdamerstraße 60.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Letztes Ensemble-Gastspiel des Ballet-Personals vom „Viktoria-Theater" zu Berlin (30 Mitglieder). „Excelsiora." Ballet-Revue in 2 Akten (10 Bilder). Vorher: „Die Hochzeitsreise." Lustspiel in 2 Akten.

(Dutzendbillets haben während dieses Gastspiels keine Gültigkeit. Gewöhnliche Preise.)

Freitag. Stadttheater: Benefiz für den Regisseur Herrn Wischhusen. „Das neue Gebot." Schauspiel in 4 Akten.

Vermischte Nachrichten.

Aus Russ.-Asien. Das Projekt einer Trambahn in Zentral-Asien, und zwar auf der 230 Werst langen Strecke von Aschabad bis Messched, ist, wie die „Now. Wr." berichtet, vom Kaufmann S. K. Nikolajew ausgearbeitet worden, welcher kürzlich Zentral-Asien und Persien bereist hat, um die Handelsumsätze dortselbst kennen zu lernen und nun zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß der Bau einer Trambahn auf der erwähnten Strecke weit vortheilhafter ist, als der projektirte Bau einer Chaussee. Es sollen die Waggons durch kleine Lokomotiven gezogen werden, wobei die Transportkosten sich um 50 Prozent billiger stellen würden, als beim Transport per Achse auf der Chaussee. Herr Nikolajew, der vom Schah von Persien zu dessen Hoflieferanten ernannt und mit dem Löwen- und Sonnenorden dekorirt worden, will nun in Teheran Agenturen für russische Waaren, besonders für Metallwaaren, eröffnen, um auf diese Weise mit den ausländischen Kaufleuten konkurriren zu können.

— Der Scharfrichter Krauts hat am Montag in Beuthen das Todesurtheil an einem Maschinenführer, der seine Frau in grausamer Weise ermordet hatte, vollzogen. Gestern kehrte Herr Krauts bereits von seiner traurigen Berufsreise nach Berlin zurück.

— (Der größte Mann der Welt.) In Princes'end, Tipton, wurde vor einigen Tagen ein gewisser Samuel Mursitt zu Grabe getragen, der sich vor Kurzem als der „größte Mann in der Welt" hatte sehen lassen. Der Verstorbene war aus Wimblington, in Cambridgeshire, gebürtig und 55 Jahre alt. Er hatte eine Länge von 6 Fuß 1 Zoll und wog 40 Stein (560 Pfund).

— Eine Gambetta-Anekdote erzählen französische Blätter, um den Sänger Boudouresque zu feiern, welcher jüngst in Nimes zum Besten der Ueberschwemmten auftrat. Boudouresque sang einst auf einer Soiree „Die beiden Grenadiere" und erzielte damit eine gewaltige Wirkung. Gambetta, welcher zur Gesellschaft gehörte und mit dem Sänger befreundet war, brach in die Worte aus: „Laß mich das nie wieder hören, ich laufe sonst Gefahr, „Vive l'empereur" zu schreien." — Dies schöne Kompliment galt vielleicht mehr dem Dichter Heine als dem Sänger Boudouresque.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Rom, 2. Februar. Die zur Prüfung des außerordentlichen Kredites von 5 Millinnen ernannte Spezial-Kommission wählte Crispi zu ihrem Präsidenten. Die Kommission hörte gestern noch den Ministerpräsidenten, sowie die Minister der Marine, der Finanzen, des Krieges und des Auswärtigen und genehmigte einfach den verlangten Kredit, über welchen am Montag in der Kammer verhandelt werden wird.

Paris, 2. Februar. Der „Rappel" meldet, daß das Ministerium sich entschlossen, nach Beendigung der Budgetdebatte nicht, wie bisher in Aussicht genommen wurde, sofort die Diskussion der Armeevorlage zu beantragen, sondern zuerst das Projekt, betreffend die Erhöhung des Getreidezolls, berathen zu lassen, über welches das Kabinet im Ministerrathe am Donnerstag endgültigen Beschluß fassen wird. Die Aufregung über den Artikel der „Post" hat sich etwas gelegt; die meisten Journale bringen Beruhigungs-Artikel.

Sofia, 2. Februar. Die Verschwörer Benderew und Genossen fordern in Ostrumelien zum bewaffneten Aufstand auf, indem sie versichern, Rußlands Unterstützung sei gewiß. Die betreffenden Proklamationen wurden beschlagnahmt.

Konstantinopel, 2. Februar. Die bisherige Quarantäne für Provenienzen aus Varna und Mustafa Pascha bei Adrianopel sind aufgehoben. Dafür ist eine ärztliche Untersuchung angeordnet.